

ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

UNGARN

Letztes Urteil in einem Schauprozess

Am 20. September 2018 waren wir zum dritten Mal als internationale Beobachter beim Prozess gegen den Syrer Ahmed Hamed in Szeged/Südungarn, der im September 2015 bei Protesten gegen die Schliessung der ungarischen Grenze zu Serbien verhaftet worden war.¹ Wiederum haben wir das Verfahren als Skandal empfunden.

Immerhin scheint der internationale Druck von verschiedenen Seiten dazu geführt zu haben, dass Ahmed H. in wenigen Monaten frei sein könnte. Das Verfahren ist mit dem jetzigen Urteil abgeschlossen. Wir danken allen, die Protestbriefe an die ungarischen Botschaften geschrieben haben.

Auszüge aus unserer Erklärung vom 20.9.2018: (...) In der ersten Instanz war Ahmed H. in

einem Schnellverfahren zu 10 Jahren Haft wegen Terrorismus verurteilt worden. In der Revision im März 2018 wurde das Strafmass auf 7 Jahre reduziert. Der Terrorvorwurf blieb bestehen.

Jetzt fand die Verhandlung in der zweiten Instanz vor dem Berufungsgericht in Szeged statt. Nach den Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung sowie dem Schlusswort des Angeklagten kam es noch am

Morgen zur Urteilverkündung der drei Richter:innen. Obwohl die Staatsanwaltschaft nach wie vor auf einem extrem hohen Strafmass von 14 bis zu 25 Jahren Gefängnis beharrte, reduzierten die Richter:innen die Strafe noch einmal auf jetzt 5 Jahre. Das Berufungsgericht hielt es für erwiesen, dass Ahmed H. bei den Protesten gegen die Schliessung der Grenze anfänglich vermittelt hatte, sich dann aber zu fünf Steinwürfen gegen Polizisten hinreissen liess, nachdem diese massiv Tränengas und Wasserwerfer auch gegen alte Menschen und Kinder eingesetzt hatten.

Durch sein Verhalten habe der Angeklagte unter Anwendung von Gewalt die Forderung erhoben, gegen den Willen der Polizeiführung ungarisches Territorium rechtswidrig zu betreten. Er wollte somit die Staatsorgane nötigen, die Grenze zu öffnen – eine in unseren Augen unhaltbares Konstrukt, um den Vorwurf des «Terrorismus» zu legitimieren. In Ungarn ist Terrorismus mit einer Mindeststrafe von 10 Jahren belegt. Das Berufungsgericht ging – wie das zweite Urteil der ersten Instanz – unter diese Mindeststrafe, weil es verschiedene mildernde Umstände berücksichtigte.

Doch «Milde» hin oder her: Ahmed H. ist jetzt wegen fünf im Affekt aus mindestens 30 Meter Entfernung abgegebenen Steinwürfen gegen einen Polizeikorдон, die niemanden trafen oder

verletzten, ein verurteilter Terrorist. Als internationale Beobachter sind wir über diese Tatsache schockiert. Dieses Urteil zeigt erneut, dass das Verfahren von Anfang an ein politischer Prozess war, an dem Ahmed H. als Sündenbock herhalten musste, um die flüchtlingsfeindliche und rassistische Politik der ungarischen Regierung zu rechtfertigen. (...)

Ahmed H. ist bereits seit 3 langen Jahren in verschärfter Untersuchungshaft. Das Gericht hat jetzt im rechtsgültigen Urteil diese drei Jahre in den 5 verhängten

¹. Siehe Archipel Nr. 267 und 273

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel

Ungarns Aufstand 1956 und die Flüchtlingspolitik

Hier drucken wir, mit der freundlichen Erlaubnis des Autors, einen der Briefe ab, die an den ungarischen Botschafter in Bern geschickt wurden.

Sehr geehrter Herr Botschafter

Die sowjetische Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956 ist mir noch in lebhafter Erinnerung. Russische Panzer wurden von mutigen Ungarn mit «Kadar Taxi» beschriftet, nach dem Namen des sowjetischen Handlangers. Imre Nagy (ein Verwandter von Ihnen?) war der Mann der Stunde, der seinen Mut mit seinem Leben bezahlte. Zum ersten Mal hörte ich von «Molotow-Cocktails», und wie sie von Studenten in ihrem verzweifelten Kampf gegen die Russen eingesetzt wurden. Ich war damals in der 5. Klasse, lebte in Zürich in einem Aussenquartier. Unsere 4-köpfige Familie teilte eine 3-Zimmerwohnung, ähnlich wie unsere Nachbarn im gleichen Stockwerk. Damals wurde dazu aufgerufen, Flüchtlinge aus Ungarn aufzunehmen. Die beiden Familien sind auf dem engen Raum zusammengerückt, um einer ungarischen Flüchtlingsfamilie Wohnung zu bieten. Ich erinnere mich noch sehr gut an den Jugendlichen, der bei uns wohnte, er hiess Ference. Viel mehr ist mir als Erinnerung nicht geblieben. Das Schweizer Volk zeigte gegenüber den ungarischen Flüchtlingen eine Willkommenskultur, was damals nur Hilfsbereitschaft hiess.

Seit 1956 verfolge ich die politischen Entwicklungen in Ungarn aufmerksam und habe mit Bedauern festgestellt, wie in jüngster Zeit die Gerichtsbarkeit geschwächt wurde. In der Schweizer Presse und in Nachrichtensendungen habe ich den Prozess gegen den Syrer Ahmed H. in Ihrem Land verfolgt. Er wurde zu 10 Jahren Haft verurteilt, obwohl ihm keine terroristischen Handlungen nachgewiesen werden konnten. Zwar wurde die Strafe auf 7 Jahre reduziert. Demnächst findet der Prozess in zweiter Instanz statt.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Ihr Land mit der Verurteilung eine abschreckende Wirkung auf Flüchtlinge ausüben will, damit Ihr Land keine geflüchteten Menschen aufnehmen muss. Diese Haltung ist für mich unannehmbar. Sie verhöhnt die ungarischen Flüchtlinge von 1956 und die damalige Hilfsbereitschaft des Schweizer Volkes.

Ich bitte Sie, diesen Brief an die zuständigen Stellen in Ihrem Land weiterzuleiten, und erwarte gerne Ihre Antwort.

Freundliche Grüsse, Thyl Küng, Maschwanden, 13.09.2018



Michel Elmgreen und Ingar Dragset, Powerless Structures, 1998

Jahren verrechnet. Der Verurteilte hat zusätzlich 10 Jahre Landesverbot bekommen und muss den grössten Teil der Verfahrenskosten tragen. Ahmed H. kann nach der Verbüssung von Zweidritteln der Strafe frei kommen. Ausserdem ordneten die Richter:innen die Überführung von Ahmed H. in den normalen Strafvollzug an und hielten fest, bei weiterhin guter Führung könne er in vier Monaten bedingt entlassen werden. Wir freuen uns, dass Ahmed H. endlich in absehbarer Zeit zu seiner Frau und seinen Kindern zu-

rückkehren kann! Damit wäre ein kafkaeskes Trauerspiel zu Ende, das auf eklatante Weise die Verflechtung brutaler politischer Macht mit einer willfährigen Justiz zu Tage gefördert hat.»

Claude Braun (CH),
Camillo Römer (D) und Michael
Rössler (CH, D) vom
Europäischen BürgerInnen
Forum, Basel, und Freundeskreis
Cornelius Koch, Delémont
Guido Ehrler, Anwalt, Basel (CH),
mandatiert von den Demokrati-
schen JuristInnen Schweiz

RUMÄNIEN

Wo steht Rumänien heute?

Am 1. September 2013, also vor gut fünf Jahren, begannen in Rumänien die grossen Proteste für die Rettung von Rosia Montană. In diesem Dorf in den Apuseni-Bergen wollte eine Seilschaft aus Geschäftemachern, Mafiosi, Politikern und Geheimdienstlern für einige Tonnen Gold zweitausend Jahre Kulturgeschichte in die Luft jagen. Doch ihr Plan scheiterte bis jetzt aufgrund massiver Proteste im ganzen Land

Berge, Wälder, Tiere und Menschen sollten verschwinden. Einige Einwohner:innen haben damals zusammen mit vielen Freund:inn-en diese Pläne durchkreuzt und dabei ein ganzes Land auf die Strasse gebracht. Das war eine Zäsur für Rumänien. Wo steht das Land heute?

«Es war der Wendepunkt für unsere Generation. Wir haben auf der Strasse gelernt, was Demokratie und Solidarität bedeuten. Rosia Montană und seine Bewohner:innen haben uns die Chance gegeben, uns selbst zu finden.» So formulierte es ein Bekannter von mir. Es klingt pathetisch und doch waren es die Proteste im «Rumänischen Herbst», die eben diese Erfahrung brachten. Ich schliesse mich da mit ein. Als Jugendlicher erlebte ich die 1989er Demonstrationen in der DDR gestaltend mit. Als ich nach Rumänien kam, war das für mich wie ein Zeitsprung zurück: hinter die Mauer der Festung Europa, in ein Abreise-Land, in einen Raum der inneren Emigration. «Der Maisbrei explodiert nicht», hiess es stets unter Anspielung auf eine Landesspeise, wenn mich die Duldsamkeit der Bürger:innen gegenüber der kleptokratischen Obrigkeit verblüffte. Es gab jedoch den Widerstand weniger Dutzend Einwohner:innen, der

allerdings erst seit 2002 langsam, doch beharrlich Gehör fand. Niemanden liess es kalt, dass diese *ărani*¹ sich gegen das millionenschwere Dauerfeuer von Politik und Medien eine Stimme verschafften. Das bekannte Gewäsch von blühenden Landschaften, Arbeitsplätzen und einer nach dem Goldabbau perfekt wieder hergerichteten Landschaft griff nicht genug, um das Tagebau-Projekt in Gang zu bringen. Das bürgerlich-konservative Lager musste sich damals auf die kritische Masse als Wahlvolk verlassen – seine Politiker:innen konnten sich eine Genehmigung des Projekts nicht erlauben, so sehr sie auch dafür warben. Der Gegenpol in Gestalt der PSD hingegen (die ich weder links noch sozialdemokratisch nennen werde, doch dazu später mehr) meinte sich auf den von ihr durch Organisation und Abhängigkeiten geschaffenen monolithischen Block verlassen zu können. Ende August 2013 legten ihre Abgeordneten dem Parlament ein Sondergesetz zur Abstimmung vor. Damit sollte der Goldtagebau in Rosia Montană endlich durchgesetzt werden.

Sie hatten sich allesamt getäuscht. Wo sich in Hermannstadt/ Sibiu nur ein oder zwei Dutzend Aktivist:inn-en zu gele-

gentlichen *flash mobs* mobilisieren liessen, kamen schon am 1. September 2013 über tausend Demonstrant:inn-en zusammen. Auf eilig fotokopierten Zetteln verteilten wir Auszüge aus dem Demonstrations- und Versammlungsgesetz, damit alle wussten, dass wir uns hier tatsächlich ein Recht in Anspruch nahmen. Ein Polizist sah von der Personalienaufnahme ab, da er bei Lektüre des Gesetzestextes irritiert wurde: «Ich muss erst einmal meinen Chef anrufen.» Das war nur der Anfang. Die folgenden Wochen und Monate brachten nicht für vorstellbar gehaltene Menschenmassen auf die Strassen, selbst kleiner Ortschaften. Die Präsenz von rot-gelb-blauen Trikoloren und Nationalhymne schien mir lästig, aber hinnehmbar; die deutlich nationalistischen Stimmen gegen ausländische Investoren und die Heiligenbilder waren ein schmerzhafter Kompromiss. Alle waren da und das Gesetz blieb Makulatur. Zum ersten Mal hatte sich in Rumänien die Zivilgesellschaft durchgesetzt.

Wachstum um jeden Preis

Seit dem Sturz des nationalkommunistischen Diktators Ceausescu im Dezember 1989 und der Machtübernahme durch die zweite Reihe galt in Rumänien nur eine Prämisse: Wirtschaftswachstum um jeden Preis. Jeder Schritt in Richtung Demokratisierung geschah unter diesem Gebot. Die politischen Parteien entwickelten sich – jeweils mit sozialdemokratischen Programmen und knallharter neoliberaler Praxis – als Vollstrecker:innen eines politischen Kapitalismus. Was an sozialer Infrastruktur vorhanden war, wurde vor allem im ländlichen Raum zerschlagen, und weite Teile der Bevölkerung blieben sich selbst überlassen. Fast die Hälfte der Beschäftigten arbeitet heute für den offiziellen Mindestlohn von knapp 260 Euro – laut Statistik von Eurostat verdienen 99 Prozent der Rumän:inn-en unter 780 Euro im Monat. So steht bereits die Idee einer vernünftigen progressiven Besteuerung vor riesigen Hürden, die vorsichtigste Umverteilungsträume zerplatzen lassen.

Auf die Proteste für Rosia Montană folgte zwei Jahre später eine weitere grosse Mobilisierung, diesmal gegen die Korruption. Auslöser war ein Brand in dem Bukarester Club #colectiv, bei dem über sechzig zumeist junge Menschen ihr Leben verloren. Die Betreiber hatten auf die übliche Art des Schmierens und Schweigens ihre Betriebsgeneh-

mung erhalten. Ein Songtitel der Band «Goodbye to Gravity», bei deren Konzert die Schallisolierung des Clubs in Flammen aufging und die Lungen der Konzertgäste verätzte, wurde zum Slogan der Proteste: «The day we give in/ will be the day we die.»² Die Regierung Ponta trat zurück und eine Experten-Regierung unter dem vormaligen EU-Agrarkommissar Ciolos wurde eingesetzt. Für mich – und viele Freund:inn-en – waren die knapp zwölf Monate Amtszeit dieser Regierung ein erneuter Sieg der Strasse. Einer, für den zuvor so viele Menschen ihr Leben lassen mussten: Plötzlich gab es Spielregeln, die eingehalten wurden. Es gab zumindest auf oberster Ebene Behörden, die Bürger:innen konsultierten. Die gemachten Ansagen wurden eingehalten, auch wenn es bisweilen Druck brauchte. Es war die Zeit, in der gefühlt viele Leute aus dem Ausland nach Rumänien zurückkehrten, die glaubten, nun etwas in ihrem Herkunftsland bewirken zu können. Klar war es eine liberale Regierung – doch eben eine, bei der um Argumente gestritten wurde und inhaltliche Auseinandersetzungen möglich waren. Nach anfänglicher Zurückhaltung beantragte diese Regierung u. a. die Aufnahme Rosia Montanäs in das UNESCO-Weltkulturerbe.

Korruption als alleiniges Übel?

Die PSD hatte es bereits bei Ausbruch der Wirtschaftskrise verstanden, sich angesichts von krisenhaften Entwicklungen per Rücktritt aus der Regierungsverantwortung zu stellen, um danach wie Phönix aus der Asche bei Wahlen als Retterin hervorzugehen. Genauso verfuhr die Partei auch 2016; sie wurde deutlich stärkste Partei und ist der dominante Koalitionspartner. Immerhin kam mit der USR³ erstmals eine Partei von ausserhalb der kleptokratischen Strukturen und fast zehn Prozent ins Parlament. Die Mehrheit verschaffen der PSD vor allem die Honoratioren der liberalen ALDE des einstigen Premiers Tăriceanu. Gewählt wurde die PSD besonders stark im Süden und Osten des Landes. Dass sie dort über gewachsene Stabilität verfügt, kann ich nicht nur auf die Loyalitäten ihrer lokalen Barone zurückführen. In den weiten und ländlich geprägten Regionen Alt-Rumäniens ist auch die Armut krasser und die Mobilität ihrer Bewohner:innen viel geringer. Die empfundene Abhängigkeit vom jeweiligen Bürgermeister ist

Motiv auch für Wahlentscheidungen. Und wer nichts zu verlieren hat, wer keine Alternativen kennt, kann sich nur schwerlich vorstellen, warum Korruption solch ein Übel sein sollte. All die Anti-Korruptions-Proteste, so berechtigt sie auch sind, haben ein entscheidendes Manko: Sie verteufeln ausschliesslich die Korruption und mit ihr die PSD – soziale Fragen werden nicht gestellt. Ganze vier von 329 Parlamentarier-inne-n der Abgeordnetenhaus stimmen gegen die mit halluzinierten Zahlen begründete Verschärfung der Sozialhilferegulierung; die neue USR stellte sich auf die Seite der Armutseinde. Ich kenne etliche Fälle, in denen sich zum Beispiel eine allein erziehende Mutter auf dem Dorf sehr wohl überlegen muss, ob sie einen – meist schlecht bezahlten – Job in der Stadt annehmen kann. Entscheidet sie sich nur einmal dagegen, verliert sie sofort die knapp 60 Euro Sozialhilfe für sich und womöglich auch die für ihre Kinder. Ich gehe nicht mehr zu diesen Demonstrationen, auf denen unter Fahnen und Hymnen die Korruption angegriffen und zugleich die Armut verschwiegen wird.

Die PSD wird seit Sommer 2015 von Liviu Dragnea geführt. Er ist der eigentlich starke Mann im Lande. Als Machtmensch versteht er es, sich auch gegen innerparteiliche Konkurrent-innen durchzusetzen. Seit der Regierungsübernahme Anfang 2017 liess Dragnea bereits zwei eigene Premiers per Misstrauensvotum stürzen, als diese sich von ihm zu emanzipieren begannen. Nummer drei ist bald ein Jahr im Amt: Viorella Dăncilă kommt aus Dragneas regionaler Gefolgschaft des Landkreises Teleorman und zeichnet sich darüber hinaus durch nichts weiter aus. Sie ist die ideale Marionette eines Mannes, der aufgrund einer Verurteilung wegen Wahlmanipulation für kein Regierungsamt kandidieren darf. So kann sich Dragnea zugleich auf die Bekämpfung der Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft DNA und die Aufweicheung der Justiz konzentrieren. Da es nicht sein könne, dass selbst Abgeordnete ins Gefängnis kommen könnten – so sein Diskurs in Kurzform – müsse die DNA durchgeputzt werden. Mit Hilfe des Verfassungsgerichts zwang er so im Sommer Staatspräsident Johannis, die DNA-Chefin Laura Codreanu Kövesi von ihrem Posten abuberufen. Justizminister Tudorel Toader, eine lebende Wachsfigur mit der gruseligen Stimmlage der Vor-



Liza May Post, Trying, 1998

1989-er-Nomenklatura, verwarf die ersten Bewerbungen eines undurchsichtigen Verfahrens zu ihrer Nachfolge, um beim zweiten Anlauf jene Kandidatin zu wählen, die ihren Antrag mit Zitaten aus seinem politischen Justizprogramm zu füllen gewusst hatte. Während ich das schreibe, ist sie noch nicht im Amt – doch es scheint, als bliebe der Justiz keine Chance auf Unabhängigkeit mehr.

Nationalismus und Homophobie

Das klingt alles nach Orbán, Kaczyński, ja auch Erdoğan. Und so ist es auch: Neben Stärkung der eigenen Klientel und Gleichschaltung der Justiz fördern Dragnea und sein Gefolge Verschwörungstheorien sowie nationalistische und homophobe Tendenzen. Da ist die Rede von einem «Parallelstaat», der vom eigenen Inlandgeheimdienst und ausländischen Kräften geformt die gewählte Mehrheit auszuhöhlen versuche. Da wird in der gewaltsam niedergeschlagenen Bukarester Kundgebung der Auslandsrumän-innen vom 10. August 2018 der Versuch eines Staatsstreichs gesehen, der «*vermutlich nicht von Soros*», so doch von obskuren fremden Kräften finanziert worden sei. Und nicht zuletzt setzt die PSD alles daran, das ultrakonservative orthodoxe Lager an sich zu binden: Am 7. Oktober wird ein Referendum abgehalten werden, mit dem eine «Ehe für alle» per Verfassung verboten werden soll. Wenn sich dann 30 Prozent des Wahlvolks auf den Weg zur Urne machen, ist das traurige Ergebnis vorhersehbar. Mir bleibt nur die bange Hoffnung, dass die Leute diesmal zu Hause bleiben mögen.

Und Rosia Montană? Tja, den UNESCO-Antrag zog die Regierung im Juli zurück, damit eine

«rationale Bewertung der Situation» möglich sein könne. Ich vermute jedoch, dass es vielmehr darum geht, dem Prozess der kanadischen Investoren auf 4 Milliarden Euro Schadensersatz Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn dann würden wohl auch Namen von jenen Personen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik genannt werden, die sich jenseits der Legalität versuchten, ein Stück vom goldenen Kuchen abzuschneiden. Das beträfe dann übrigens weit mehr als bloss die

PSD-Kreise. Und trotzdem bleibt Rosia Montană wichtig: für mich persönlich und für Rumänien, vielleicht – wenn Optimismus zumutbar ist – auch darüber hinaus. Hier hat sich die Zivilgesellschaft geformt, hier hat die Kritik an den Verhältnissen ihre Stimme gefunden. Hier wurde das Primat des Wirtschaftswachstums einmal zurückgewiesen. Das ist viel wert. Als sich der Beginn der Demonstrationen von 2013 zum fünften Mal jährte, traf ich mich mit ein paar Dutzend Freund-innen der kleinen Bewegung Demos⁴ ebendort, mitten in diesem Dorf im Apuseni. Wir feierten und tanzten, diskutierten die grossen Themen und hörten den Leuten am Dorfplatz zu. Ich habe gesehen, wie die Werbebanner der «Rosia-Montană-Gold-Corporation» langsam an den Ruinen der von ihr aufgekauften Höfe verblassen, und sah, dass auch neue Leute in den Ort ziehen. Immerhin, denke ich, das ist doch was – vorläufig zumindest!

Jochen Cotaru, EBF Rumänien

1. ărani = Kleinbauern
2. Der Tag, an dem wir aufgeben, wird der Tag sein, an dem wir sterben.
3. Uniunea Salvai România = Union zur Rettung Rumäniens
4. Demos = Demokratie und Solidarität

HOLZ UND KOHLE

Die Biomaskerade geht weiter

Das Verbrennen von Biomasse, vor allem von ganzen Bäumen für die Erzeugung elektrischer Energie, ist in Frankreich umstritten, grösstenteils dank der Protestbewegung gegen das Biomassekraftwerk in der Nähe von Gardanne¹. Seit einigen Monaten betreiben EDF² und mehrere lokale Abgeordnete den Umbau von zwei Kohlegrosskraftwerken, eins davon in Cordemais in der Nähe von Nantes, das andere bei Le Havre.

Holz für die Energieerzeugung auf industriellem Niveau zu nutzen, ist als Phänomen nicht neu. Bevor im 19. Jahrhundert der Kohleabbau massiv ausgeweitet wurde, dienten Wälder in Frankreich und überall in Europa als Materiallieferant zum Befeuern der Glashütten und Schmiedewerkstätten. Andererseits wurde Holz schon immer zum Heizen

verwandt. Das Neue an der seit etwa zehn Jahren anhaltenden Entwicklung ist der massive und beschleunigte Ausbau einer neuen Form von Energieerzeugung auf Holzbasis: der Produktion von Elektrizität in Wärmekraftwerken. Gleichfalls in Europa wurde das

1. Siehe Archipel Nr. 220, 223, 227, 232, 237 und 243

grösste Kohlekraftwerk von Grossbritannien in Drax (3870 MW) zur Hälfte umgerüstet. Dort werden heute jährlich 7,5 Mio Tonnen aus den USA und Kanada importierte Pellets verfeuert. Diese Menge Pellets wird aus 13,2 Mio Tonnen frischem Holz produziert, was 120 Prozent der jährlichen Holzproduktion in Grossbritannien entspricht. Biomassekraftwerke gibt es in zahlreichen Ländern, darunter in Belgien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, in Dänemark, Deutschland, Irland, Polen, Schweden, den Niederlanden.

Europa ist der mit Abstand grösste Verbraucher von Holz für die Energieerzeugung. Die bedeutendsten Lieferanten sind solche Unternehmen, wie Enviva in den USA. Auffällig ist, dass es diese Form von Energie auf Holzbasis in den Vereinigten Staaten in nennenswerten Ausmassen nicht gibt – für diese Art Industrie gibt es keinen Rückhalt in der Öffentlichkeit.

Die Förderer von Biomassekraftwerke präsentieren diese als besonders ökologisch, als Säule in den Bemühungen um erneuerbare Energien mit neutraler CO₂-Bilanz und das Klima. Das entspricht nicht der Wirklichkeit; es ist reiner Mythos. Die französischen Behörden räumen solcher Art von Energieerzeugung keine Zukunft ein, selbst wenn von ihnen keine Schliessungen in Betracht gezogen werden.

Nach lang andauernden Verhandlungen hat die Europäische Union am 14. Juni 2018 eine neue

Direktive bezüglich erneuerbarer Energien erlassen für den Zeitraum von 2020-2030. Diese gibt als Ziel vor, einen Anteil von 32 Prozent erneuerbare Energien an der Gesamterzeugung zu erreichen. Aktuell trägt «Bioenergie» mit ungefähr 65 Prozent zur nachhaltigen Energieerzeugung in ganz Europa bei. Der Begriff Bioenergie umfasst die Nutzung von Biomasse aus der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft und der Abfallwirtschaft für Biokraftstoffe, für Wärmeerzeugung und für Elektrizität. Die Europäische Kommission selbst hat errechnet, dass ausnahmslos alle in Europa gefällten Bäume benötigt würden, wenn die EU das Ziel von 32 Prozent erreichen möchte und dabei den Anteil von Biomasse auf heutigem Niveau belassen würde².

In ihrer Entschliessung vom 14. Juni haben das EU-Parlament und der Europarat den Vorschlag zurückgewiesen, Baumstumpfe sowie das Rundholz (den Baumstamm) aus der für die Energieerzeugung zugelassenen Biomasse, die mit öffentlichen Mitteln subventioniert wird, auszuschliessen. Diese Entscheidung bedeutet grünes Licht für die Umrüstung weiterer Kohlekraftwerke überall in Europa.

Die negativen Konsequenzen industrieller Energieerzeugung aus Holz

1. Auswirkungen auf die Wälder

Das neue Marktsegment für Energie aus Holz wächst rapide und bleibt uns möglicherweise dauerhaft erhalten. In einem Umkreis von 400 km um Gardanne herum hat das schon spürbare Wirkung gezeigt: Die Lage auf dem Markt für Holz dort ist sehr angespannt wegen der Konkurrenz mit einem Zellstoffwerk in Tarascon und weiteren Biomassekraftwerken in Brignolles und Pierrelatte, ganz abgesehen von hunderten kleineren Heizkraftwerken und den zahllosen Wohnungsheizungen, in denen Pellets verbrannt werden. Ein Bericht über den Bestand an verfügbarem Holz in Frankreich macht klar, dass es um das Jahr 2030 herum nicht mehr genug von diesem Rohstoff für alle jetzt bekannten Nutzungsarten geben wird³.

Die heutige Politik der staatlichen Förderung von Bioenergie begünstigt ganz offensichtlich eine Ausbeutung des Waldes auf «möglichst niedrigem Niveau» – und führt zum Verbrennen der gernteten Hölzer. Der dabei erzielte Wirkungsgrad beträgt 30 Prozent. Besser wäre die Gewinnung von Bauholz oder die Entwicklung

von Branchen, wie Tischlerei, Kunsthandwerk und die Verwendung von Holz im Häuserbau. Diese Nutzungsarten setzen kein CO₂ frei und bei gleicher Holzmenge würden 40-mal mehr Arbeitsplätze entstehen.

Für den Südosten der Vereinigten Staaten und die borealen Wälder Kanadas hat die Umrüstung des Kraftwerkes in Drax schon katastrophale Auswirkungen. Das Plündern der Wälder hat solche Ausmasse erreicht, dass zahlreiche Wissenschaftlerinnen und amerikanische NGO's die Europäische Union angerufen haben, um von dieser das Ende der Förderung von Biomassekraftwerken zu fordern.

Eine weitere Konsequenz der rapide ansteigenden Nachfrage ist das grossflächige Anpflanzen von Wäldern aus schnellwachsenden Baumarten mit kurzer Folge von Kahlschlag und Neuanpflanzung sowie notwendigerweise hohem Betriebsaufwand und immensen Mengen an Wasser. Nicht zu vergessen, dass auch andere Industriezweige ihre Rohstoffe aus den Wäldern ziehen: für eine neue Generation von Biokraftstoff, für «Bioplastik» etc.

2. Auswirkungen auf das Klima

Immer mehr wissenschaftliche Studien belegen, dass das Verbrennen von Biomasse noch katastrophalere Auswirkungen auf das Klima hat als das Verbrennen von Kohle. Die Nichtregierungsorganisation Fern mit Sitz in Brüssel mahnt, dass *«wenn man einen Waldes abholzt, soviel Zeit einzurechnen ist, wie dieser brauchte, um zu wachsen, bis er seine frühere Kapazität der CO₂-Aufnahme erreicht hat – das kann zwischen 50 und 120 Jahre dauern. (...) Sollten die Wälder wegen ihrer Biomasse einer zunehmenden Intensivnutzung unterliegen, werden diese weder ihre ursprüngliche Speicherkapazität für CO₂ erreichen noch die bei der Verbrennung freigesetzten Emissionen kompensieren können. Damit die Wälder einen Beitrag zur Milderung des Klimawandels leisten können, muss man sie vor allem leben und wachsen lassen.»*

Im September 2017 haben sich 190 Wissenschaftlerinnen aus der ganzen Welt mit einem Brief an führende Vertreter der EU gewandt: *«Wir, die Unterzeichnenden, möchten unsere ernsthafte Besorgnis und unsere Bestürzung ausdrücken angesichts der wissenschaftlichen Begründung jüngster Politik und von Entwicklungen, die die Klimagesetzgebung der EU speziell zu*

Wäldern betreffen. Diese Vorgehensweise birgt das Risiko katastrophaler Auswirkungen auf das Klima ...». Am 9. Januar 2018 haben erneut 659 Wissenschaftlerinnen und wieder aus der ganzen Welt die europäischen Instanzen inständig darum gebeten, ihre Vorgehensweise zu ändern. Ohne Erfolg.

3. Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit

Wegen der Emissionen von unter anderem Feinstaub, Dioxin und Holzpartikelchen stellen die Biomasse-Grosskraftwerke eine ernste Bedrohung für die öffentliche Gesundheit dar⁽³⁾. Zahlreiche Anwohnerinnen in Gardanne beklagen sich zudem seit zwei Jahren über Schallbelästigungen, die Tag und Nacht von dem Kraftwerk ausgehen. Aufgrund der Klagen hat die Unterpräfektur von Aix-en-Provence Veritas damit beauftragt, Kontrollen der Schallemissionen zu jeder Tages- und Nachtzeit unangekündigt durchzuführen. In seinem im Februar 2018 bekannt gemachten Bericht bestätigt Veritas die Beschwerden der Anwohnerinnen: die Normen werden während der Nacht überschritten. Der Präfekt hat nach Kenntnisnahme des Berichtes Uniper, den Betreiber des Kraftwerkes, aufgefordert, innerhalb von drei Monaten die Gesetzeskonformität herzustellen.

Und wie geht es weiter?

Am 8. Februar 2016 hat die damalige Umweltministerin Ségolène Royal die Eröffnung einer fünften Ausschreibungsrunde für die Energieerzeugung auf Holzbasis angekündigt. Darin wurde präzisiert, dass nur Projekte unterhalb einer Spitzenleistung von 25 MW berücksichtigt würden und der Wirkungsgrad bei 75 Prozent liegen müsse. So wird der Eindruck erweckt, dass das Ministerium Fehler vermeiden möchte, die mit Gardanne gemacht wurden.

Seit einigen Monaten muss man sich allerdings die Frage stellen, ob die französische Regierung nicht weiter bei ihrer gewohnten Routine bleibt. Im Juni 2018 erschien eine Serie von Artikeln in der Regionalpresse der Normandie und des Pays de la Loire zur Zukunft der zwei noch von EDF betriebenen Kohlekraftwerke von Cordemais (in der Nähe von Nantes) und von Le Havre. Auf dem Klimagipfel 2017 hat Emmanuel Macron den Ausstieg bis 2022 aus der Stromherstellung durch Kohle in Frankreich verkündet. Die erwähnten Artikel lassen vermuten, dass es

Archipel

Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

Oktober 2018 - Nr. 274

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro
Verlag, Herausgabe, Herstellung,
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum
Verantwortliche Redakteurinnen:
Joëlle Meunier, Constanze Warta
Druck: Ropress Zürich
forumcivique.org

Europäisches BürgerInnenforum

Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
[ch\(a\)forumcivique.org](mailto:ch(a)forumcivique.org)

Österreich:

Lobnik 16
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
[at\(a\)forumcivique.org](mailto:at(a)forumcivique.org)

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
[de\(a\)forumcivique.org](mailto:de(a)forumcivique.org)

Frankreich:

St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
[fr\(a\)forumcivique.org](mailto:fr(a)forumcivique.org)

Ukraine:

vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nijne Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
[ua\(a\)forumcivique.org](mailto:ua(a)forumcivique.org)

Planungen für die Kraftwerke gibt, die die teilweise oder vollständige Umrüstung auf Biomasse vorsehen. Für Cordemais könnte das die Verbrennung von jährlich 1,7 Mio. Tonnen Holz bedeuten, möglicherweise doppelt so viel.

Nicolas Hulot, Macrons ehemaliger Umweltminister, hat sich sehr deutlich gegen diese Vorhaben ausgesprochen. Sein Nachfolger François de Rugy jedoch ist ein Befürworter von auf Biomasse basierenden Projekten. Man muss also mit dem Schlimmsten rechnen. Hier zeigt ausnahmsweise Grossbritannien, bis dato eifriger Förderer von Biomasse für die industrielle Energieerzeugung, wie es gehen könnte. Im Sommer 2018 wurden dort sehr strenge Bedingungen für die Bewilligung von Subventionen für Biomassekraftwerke verkündet. Diese müssen künftig einen Wirkungsgrad von 70 Prozent statt wie bisher 35 Prozent haben. Damit dürfte in Zukunft kein Kraftwerk mehr zugelassen werden, das nicht mit Kraft-Wärme-Kopplung arbeitet. Ausserdem wurde im Vereinigten Königreich entschieden, Kraftwerken, deren Ausstoss an Treibhausgasen über einer neu festgelegten Schwelle liegt, künftig keine Subventionen mehr zu gewähren. Biofuelwatch geht davon aus, dass die Entscheidung den Import von Pellets verhindern sollte, weil allein die Emissionen aus deren Herstellung und Transport die Schwelle überschreiten würden.

Leider hat diese Entscheidung keinerlei Einfluss auf solche Verträge über staatliche Subventionen, die schon vorher geschlossen wurden. Das riesige britische Kohlekraftwerk Drax z.B. erhält daher weiterhin 2 Mio. Pfund Sterling täglich...

Nicholas Bell, EBF Frankreich

2. EDF = *électricité de France*, Frankreichs staatliche Elektrizitätsmonopolgesellschaft
3. Eine neue Strategie der EU für die Wälder und die Forstwirtschaft; siehe Dokument der Europäischen Kommission COM (2013) 659
4. «Verfügbarkeit des Waldes für Energie und Materialbereitstellung bis 2035», ADEME 2016 (Agence de l'Environnement et de la Maîtrise de l'Énergie = Agentur für Umwelt und Kontrolle des Energieverbrauchs)
5. «Verbrennen von Holz in Elektrizitätskraftwerken: Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit» Biofuelwatch, veröffentlicht im September 2014

Hambacher Forst: Rote Linie überschritten?

Seit 2012 wird der Hambacher Forst, westlich von Köln in Deutschland, von jungen Menschen besetzt, um gegen Waldzerstörung und Braunkohleförderung zu protestieren. Am 13. September 2018 begann die brutale polizeiliche Räumung.

Soziale Kämpfe können dann gesellschaftliche Veränderung bewirken, wenn sie nicht nur von einem marginalen Teil der Bevölkerung getragen werden, sondern Menschen aus unterschiedlichsten Teilen der Gesellschaft sich mit ihnen identifizieren und beginnen, sich zu engagieren. Bei der Auseinandersetzung um den Braunkohleausstieg in Deutschland scheint sich dieser wichtige Schritt zu vollziehen.

Vorbereitende Massnahmen für eine Räumung der Waldbesetzung im Hambacher Forst gab es durch RWE¹ und die nordrhein-westfälische Landesregierung bereits Anfang September 2018 (vgl. Archipel Nr. 272). Am 13. September 2018 begann dann die komplette Räumung der Besetzung. Obwohl die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Münster zu einer Klage des BUND² noch offen ist. Und obwohl die Empfehlung der so genannten «Kohlekommission»³ aussteht. Ein Aufschrei oder mindestens ein Raunen ging daraufhin quer durch die deutsche Presselandschaft und die Gesellschaft. Besonders die Begründung der Behörden irritierte und sorgte für Unmut: «*fehlender Brandschutz*» in den Baumhäusern. Gerichte wiesen alle Eilanträge zur Aussetzung der Räumung ab. Die Landesregierung aus CDU und FDP hat offenbar einen juristisch unangreifbaren Weg gefunden, RWE und den geplanten Rodungen das Terrain zu bereiten. Im Raum steht auch jenseits aktivistischer Kreise die Frage, ob angesichts dieser Verquickung von Wirtschaft und Staat, ziviler Ungehorsam notwendig und legitim ist, um die zur Eindämmung des Klimawandels notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen erreichen zu können.

4'000 Polizist:inn-en aus verschiedenen Bundesländern waren zu Beginn im Einsatz. Täglich wurde in neue Bereiche des Waldes vorgedrungen und mit schwerem Gerät Besetzer:innen vom Waldboden, von den Bäumen und aus Tunneln geräumt, um anschliessend ihre Behausungen zu zerstören. Die Reaktionen waren vielfältig: hunderte Aktivist:inn-en machten sich auf den Weg in den

Wald, um die Besetzer:innen vor Ort praktisch zu unterstützen; zum Waldspaziergang kamen 9'000 Menschen; Aktivist:inn-en blockierten einen Tag lang das Kohlekraftwerk Niederaussem; in Berlin wurde die nordrhein-westfälische Landesvertretung besetzt; 500'000 Menschen unterschrieben innerhalb weniger Tage eine Petition; u.v.m. Selbst die Polizeigewerkschaft äusserte sich von Anfang an kritisch zu dem Einsatz und der Börsenwert von RWE sackte ab.

Trotz allen Widerstands ging die Zerstörung der Besetzung weiter. Erst ein tragischer Unfall führte jetzt zum Umdenken. Am 19. September stürzte in der Nähe eines Polizeieinsatzes ein Journalist aus ca. 20 Metern Höhe ab

und erlag noch im Wald seinen schweren Verletzungen. Er hatte die Besetzung seit Jahren dokumentiert. Der genaue Unfallhergang ist zur Stunde noch ungeklärt. Trauer, Fassungslosigkeit und Wut prägen die Stimmung. Auch die staatlichen Stellen scheinen paralysiert. Die Landesregierung setzte wenige Stunden nach dem Unglück die Räumung «*bis auf Weiteres*» aus, zog allerdings nicht alle Polizeikräfte aus dem Wald ab. Für die kommenden Wochen waren vielfältige Protestaktionen geplant. Ob RWE noch immer – so wie ursprünglich vorgesehen – ab Oktober den 12'000 Jahre alten Hambacher Forst vollständig roden will, ist derzeit fraglicher denn je.

Kathrin Samstag, 20. Sept. 2018

Informationen: www.hambacherforst.org

1. Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG
2. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
3. In der «Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung» (kurz: «Kohlekommission») sitzen Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft an einem Tisch, um den Ausstieg aus der Braunkohle zu verhandeln und den Konflikt politisch einzuhegen.

MITTELAMERIKA

Aufstand in Nicaragua

In Nicaragua, dem kleinen mittelamerikanischen Land mit sechs Millionen Einwohner:inne-n, besteht seit Mitte Juni 2018 eine wahre Schreckensherrschaft. Die Regierung Ortega hat nach drei Monaten beispielloser sozialer Proteste die Kontrolle über das Land wieder erlangt – die Bilanz wiegt schwer.

300 bis 430 Tote. Mehr als 2'000 Verletzte. Systematische Verfolgung von Oppositionellen. Hunderte von Verschwundenen. Über 300 Personen, die wegen «Terrorismus» zu bis zu zwanzig Jahren Gefängnis und mehr verurteilt worden sind. Mehrere Anführer der jüngsten sozialen Proteste, die untergetaucht oder ins Exil gegangen sind. Tausende von Nicaraguaner:inne-n, die ins Ausland geflohen sind, hauptsächlich nach Costa Rica (bis Ende Juli alleine 23'000 in dieses Land). Am 31. August, einem Tag nach Veröffentlichung eines Berichts über die schweren Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua, wurde der Beauftragte des UN-Hochkommissariats für Men-

schenrechte durch die Regierung des Landes verwiesen.

Die soziale Bewegung begann Mitte April mit Protesten der Studierenden gegen die Unfähigkeit der Regierung, die Brände im Naturschutzgebiet Indio-Maiz einzudämmen – und gegen deren mutmassliche Komplizenschaft bei der Plünderung und Zerstörung der tropischen Wälder durch Einzelpersonen und private Unternehmen. Hinzu kamen Demonstrationen von Rentner:inne-n und Student:inn-en gegen die Reform der Sozialversicherungen (INSS). Der Auslöser für die beispiellosen sozialen Proteste war allerdings die Niederschlagung dieser Demonstrationen. Innerhalb weniger Tage wurden vierzig Menschen –

in ihrer Mehrheit Student:inn-en – durch Polizeikräfte und Bewaffnete in Zivil, die unter deren Schutz standen, erschossen. Hunderte wurden verletzt. Es war das erste Mal in der Geschichte Nicaraguas, dass an Studierenden ein derart grosses Massaker verübt wurde. Im heutigen Zeitalter der sozialen Medien, wo Videos und Fotos in wenigen Stunden verbreitet werden, führte das zu landesweiter Empörung und Auflehnung.

Es ist gewiss nicht das erste Mal, dass die nicaraguanische Zentralgewalt, unterstützt von Bewaffneten in Zivil, eine Protestbewegung von Studierenden unterdrückt. Doch noch nie hatte die Repression solche Ausmasse angenommen. Die Auflehnung ist auch eine Folge jahrelang aufgestauter Unzufriedenheit und Frustrationen. Die meisten jungen Leute haben Eltern und Groseltern, die den Kampf gegen Somoza und die sandinistische Revolution in den 1980er Jahren miterlebt und daran teilgenommen hatten. Sie sind aufgewachsen unter dem Einfluss eines entsprechenden historischen Bezugsrahmens: des Engagements und der Anteilnahme am öffentlichen Leben, der Hoffnung auf Veränderung usw.. Diese Jugend, die dank der sozialen Medien weltoffen ist, hat sich ebenso gegen die Alleinherrschaft des Paares Ortega-Murillo aufgelehnt. (Während Daniel Ortega Präsident der Republik ist, bekleidet seine Gattin das Amt der Vizepräsidentin und besitzt in Wirklichkeit einen Grossteil der Macht.) Der bewusster, politisierter Teil der Jugend, der auch an ökologischen und feministischen Fragen interessiert ist, war zudem aufgebracht über die Affäre um den interozeanischen Kanal, der in völliger Intransparenz geplant wurde und massive Vertreibungen zur Folge haben wird. Dies zugunsten hauptsächlich ausländischer Interessen, verfilzt mit der lokalen Oligarchie. Nicht weniger entrüstet ist die Jugend über die Umweltzerstörung und die Tatenlosigkeit, ja Komplizenschaft der Machthaber:innen gegenüber dieser Zerstörung oder auch über deren Allianz mit der Kirche und über die Kriminalisierung der Abtreibung.

Spontane Mobilisierung

Die sozialen Mobilisierung weitete sich schnell aus: mit der Besetzung der Universitäten durch die Studierenden, mehreren grossen friedlichen Märschen, davon einer am 30. Mai in Managua mit 300'000 Teilnehmenden, dann mit der gleichzeitigen Errichtung Hunderter Barrikaden in



Loris Cecchini, Stage evidence, 2000

Städten und auf Landstrassen, um auf die Regierung Druck auszuüben und die aufständischen Quartiere zu schützen. Bald wurden Forderungen nach Gerechtigkeit für die Toten, dem Rücktritt des Paares Ortega-Murillo und nach freien und transparenten Wahlen laut. Ein wesentliches Merkmal der Bewegung – das sich auch als eine Schwäche erweist, wie man heute, in der Phase der Repression, sieht – ist ihr spontaner Charakter. Die einzige bereits bestehende Protestbewegung war jene gegen den Kanal, welche Bäuerinnen, Bauern und Umweltschützer:innen zusammengebracht hat. Die Bewegung der Studierenden und die darüber hinausgehenden sozialen Proteste haben sich in der Folge nach und nach organisiert und strukturiert, wobei die aktuelle Phase der Repression diesem Strukturierungsprozess grossen Schaden zugefügt hat und weiter zufügt.

Ab Ende Juni hat die Regierung begonnen, die Barrikaden niederzureissen und über die aufständischen Quartiere und Städte die Herrschaft zurückzugewinnen, indem sie sich auf die Polizei und immer mehr auch auf paramilitärische Gruppen in Zivil stützte, die gut organisiert und mit Fahrzeugen und Kriegswaffen ausgerüstet sind. Ein Grundelement dieser neuen Repression war der gezielte Gebrauch dieser Kriegswaffen, um die Opfer zu töten. Als diese Phase zu Ende ging, begann eine Phase der Jagd nach Oppositionellen, insbesondere nach Student:inn-en- und Bauernführer:inne-n. Die Bewegung wurde kriminalisiert, und es kam zu Hausdurchsuchungen und Entführungen, die allerdings bereits vorher angefangen hatten. Die Verabschiedung eines Gesetzes zur Kriminalisierung der Bewegung erlaubte es, Hunderte von Personen ins Gefängnis zu werfen und unter der Anklage des «Terrorismus» zu harten Strafen zu verurteilen, weil sie an Kund-

gebungen teilgenommen oder die Protestbewegung materiell unterstützt hatten und wegen ähnlicher Straftaten. Anfang August kam es zu Säuberungen im öffentlichen Dienst, insbesondere in Spitälern, wo mehrere Ärztinnen und Ärzte kurzerhand entlassen wurden, die sich der Anordnung widersetzt hatten, die Opfer der Repression nicht zu behandeln.

Wie konnte es soweit kommen?

Viele fragen sich, wie es soweit kommen konnte, wo doch das Ortega-Regime aus der sandinistischen Revolution der 1980er Jahre hervorgegangen ist, einer Revolution, die der jahrzehntelangen Somoza-Diktatur ein Ende setzte, viele Hoffnungen weckte und eine weltweite Solidaritätsbewegung hervorrief. Erinnern wir uns zunächst daran, dass die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) 1990 die Wahlen verloren hat und ihre Macht an eine Koalition der Oppositionskräfte

abgeben musste. Im Jahr 2006 ist sie nach fünfzehn Jahren neoliberaler Politik mit einer relativen Mehrheit durch freie Wahlen wieder an die Macht gekommen. Die darauf folgenden Wahlen waren jedoch intransparent, und es fehlte ihnen an Legitimität. Daniel Ortega konnte ein drittes Mal ins Präsidentenamt gewählt werden, indem er sich über die Verfassung hinwegsetzte und in geschickter Weise jegliche glaubwürdige Opposition mundtot machte, insbesondere indem er eben diesen Oppositionskräften die Teilnahme an den Wahlen verwehrte.

Daniel Ortega hatte seine Macht dank einer Allianz mit der «Konstitutionellen Liberalen Partei» (*Partido Liberal Constitucionalista*, PLC), der wichtigsten rechten Partei, ab Ende der 1980er Jahre aufgebaut. Diese Allianz sah eine Teilung der Macht im wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen wie auch wahlrechtlichen Bereich zwischen der FSLN und der PLC vor. Eine Wahlrechtsreform ermöglichte der FSLN den Sieg im ersten Wahlengang auf der Basis einer relativen Mehrheit. Ferner wurde dem früheren liberalen und notorisch korrupten Präsidenten Arnoldo Alemán Straffreiheit zugestanden. Danach verbündete sich Ortega mit der Oligarchie, indem er ihr soziale Stabilität, die Fortdauer ihrer wirtschaftlichen Dominanz sowie vielfältige Privilegien garantierte, insbesondere steuerpolitischer Art oder anhand der Möglichkeit, die natürlichen Ressourcen des Landes und die billigen Arbeitskräfte auszubeuten.

Ortega: ein Bollwerk gegen den Imperialismus?

Der hier abgedruckte Artikel über Nicaragua von Laurent Levard gibt einen Überblick über die brutale Repression der Ortega-Regierung und deren Hintergründe. Von einem Teil der europäischen und lateinamerikanischen antiimperialistischen Linken wird diese Regierung jedoch immernoch verteidigt: Letztere gilt als Bollwerk gegen den US-Imperialismus und als Wohltäterin für die Armen. Diese Verteidiger:innen der jetzigen Regierungspolitik erklären, dass ein Teil der sehr heterogenen Opposition bandenmässig organisiert sei und ebenso Menschenrechtsverletzungen begehe. Dies ist sicherlich nicht von der Hand zu weisen. Sie stellen die These auf, dass die Oppositionellen von imperialistischen Kräften gesteuert bzw. manipuliert werden, um Nicaragua zu destabilisieren. Geostrategische Einschätzungen könnten zu dieser Annahme führen, genauso wie im Fall von Venezuela, wo es tatsächlich Destabilisierungsversuche gibt. Meiner Meinung nach sollten jene Ansichten aber nicht dazu dienen, die Repression der Regierung zu rechtfertigen und dem Protest jegliche Legitimation abzusprechen, so wie es ein Teil der antiimperialistischen Linken tut. Diese Haltung verhindert eine unvoreingenommene Analyse der Dynamik und Originalität sozialer Bewegungen.

Die sandinistische Revolution 1979 war eine Hoffnungsträgerin für sehr viele Menschen auf der ganzen Welt, auch in Europa. Überall bildeten sich Solidaritätskomitees, und Engagierte gingen mit internationalen Aufbaubrigaden vor Ort. Noch heute gibt es Partnerschaften von Komitees, NGOs sowie Gemeinden mit Projekten, die auf die sandinistische Revolution zurückgehen. Auch die Gründer:innen des EBF waren in ihnen präsent. So wie die damalige Solidaritätsbewegung vielschichtig war, so unterschiedlich erwiesen sich die Protagonist:inn-en der sandinistischen Revolution nach ihrem Sieg. Es ist mehr als problematisch, dass Präsident Ortega den Sandinismus hauptsächlich für den Aufbau seiner eigenen Macht und der seiner Familie benutzt hat.

Michael Rössler, EBF

Diese Oligarchie ist aus der traditionellen agrarischen und Fabrikantenoligarchie wie auch aus einer neuen «sandinistischen» Oligarchie entstanden, die sich seit den 1990er Jahren entwickelt hat. Die Regierung Ortega konnte schliesslich auch eine Allianz mit dem ausländischen Kapital schmieden, auch mit dem der Vereinigten Staaten.

Gleichzeitig konnte das Regime eine gewisse Vision der Entwicklung des Landes verwirklichen, indem ein Teil des Reichtums – insbesondere die Hilfe durch Venezuela – in Infrastrukturprojekte wie Strassen und Elektrifizierung investiert und eine Sozialpolitik finanziert wurde – etwa mit Wohngeldzuschüssen, mit dem Ausbau der Gesundheitsvorsorge usw. –, was zu einer Verbesserung des Lebensstandards eines grossen Teils der Bevölkerung beigetragen hat, insbesondere in der Unterschicht. Die Mittelschicht profitierte ferner vom allgemeinen Wirtschaftswachstum.

Repression und Wirtschaftskrise

Schliesslich hat Nicaragua in den letzten zehn Jahren ein kräftiges Wirtschaftswachstum und soziale Stabilität erlebt. Beides fusste allerdings zu einem guten Teil auf schwachen Grundlagen: Die Kooperation mit Venezuela ist praktisch zum Erliegen gekommen; viele Nicaraguaner-innen wanderten zeitweilig nach Costa Rica aus und überwiesen Geld nach Hause; Beschäftigung entstand zu einem guten Teil aufgrund der Schaffung einer Zollfreizone bei Managua; zudem wurde und wird an den natürlichen Ressourcen Raubbau betrieben. Beides beruht auch darauf, dass jegliche Opposition, die der Zentralmacht gefährlich werden könnte, im Keim erstickt und unterdrückt wird. Auch wenn das Regime, das in den 1980er Jahren aus der sandinistischen Revolution hervorgegangen ist, während der letzten zehn Jahre auf die Unterstützung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung (30–40 Prozent) zählen konnte, hat es aufgrund der Ereignisse der letzten Monate, selbst in den Augen der meisten dieser erwähnten Unterstützer-innen, jegliche demokratische Legitimität verloren. Die Ereignisse der letzten Monate, die Niederschlagung der sozialen Aufstände und beginnenden Revolution, machen deutlich, wie schnell das Regime ins Autoritäre und Diktatorische abgeglitten ist. Mit seiner Repressionspolitik und seiner Schreckensherrschaft sowie der Mobilisierung paramilitärischer Kräfte erinnert es an die schlimmsten rechtsextremen Dik-

taturen Lateinamerikas. Durch das herrschende Klima des Schreckens im Land, durch die Festnahmen oder den Gang ins Exil oder in den Untergrund eines Grossteils ihrer Anführer-innen ist die soziale Bewegung erheblich geschwächt worden. Trotzdem fanden weitere Protestmärsche im August und September statt.

Gleichzeitig ist Nicaragua im Begriff, in eine der schwersten Wirtschaftskrisen seiner Geschichte zu rutschen: Die Wirtschaftstätigkeit ist zurückgegangen, Verunsicherung macht sich breit und der Tourismus ist zusammengebrochen. Und das in einem Mo-

ment, in dem eine Zusammenarbeit mit Venezuela, welche die Politik der Regierung finanziert hat, nicht mehr existiert. Langsam kommen Solidaritätsaktionen mit den betroffenen Nicaraguaner-innen in Gang. Diese Unterstützung ist notwendig und sehr dringend, um auf die Regierung Druck auszuüben, damit sie die vielen Hundert politischen Gefangenen freilässt.

Laurent Levard*

*Laurent Levard ist Landwirtschaftswissenschaftler, ehemaliger Lehrer und Forscher an der Centromerikanischen Universität von Managua (UCA) und Mitglied des Solidaritätskomitees mit dem Volk von Nicaragua (CSPN).

ÖSTERREICH

Die Glut erhalten

Auf dem Peršmanhof, einem Bergbauernhof über Bad Eisenkappel, verübten SS-Einheiten wenige Tage vor Kriegsende ein Massaker. Wir veröffentlichen in gekürzter Form die Rede des österreichischen Schriftstellers Erich Hackl anlässlich der heurigen Gedenkfeier.

«Die Hoffnung ist wie ein Feuer, an dem man sich aufwärmt, wenn es rundherum kalt ist», heisst es in Helena Kuchars Lebenserinnerungen.⁽¹⁾ *«Solange wir gegen den Hitler gekämpft haben, dachten wir: Morgen wird Gerechtigkeit sein in Kärnten! Daraus ist nichts geworden. Jetzt darf man die Glut nicht ausgehen lassen. Aus der Glut kann einmal ein neues Feuer werden. Aber wenn sie ausgeht, bleibt nur kalte Asche.»*

Feuer, Glut, Asche. Ist es zuviel gesagt, wenn ich behaupte, dass wir uns ihretwegen hier versammeln? Um gemeinsam die Glut zu schüren, weil einer allein nichts ausrichtet. Aber die Verbündeten, nach denen wir uns sehnen, suchen wir an einem solchen Tag nicht in der Gegenwart, in der es um die Hoffnung schlecht bestellt ist, sondern in der Hinwendung zu denen, die uns, wie Jelka, vorausgegangen sind. Vorausgegangen heisst, dass wir sie erst einmal einholen müssen! Was sie erlebt haben, wofür sie eingetreten sind, liegt demnach nicht hinter uns, in der Vergangenheit, oder nur insofern, als es den Grund der Gegenwart bildet, den schwankenden, auf dem wir uns bewegen.

Unterlassene Hilfeleistung

Manchmal allerdings kommen mir Zweifel, ob zwischen ihnen

und dem, was heute um uns ist, überhaupt noch eine Verbindung besteht, eine Klammer, ein gemeinsames Ziel: Während ich mich zur Vorbereitung auf diese Veranstaltung mit dem Massaker auf dem Peršmanhof beschäftigte, seiner Vorgeschichte, dem Ablauf der Ereignisse, den ermordeten Angehörigen der Familien Sadovnik und Kogoj, den drei Kindern, die durch Zufall überlebt haben, und den anonymen Tätern, deren Verbrechen ungesühnt geblieben ist, wurde – vor drei Wochen – der Abschlussbericht einer vom Verteidigungsministerium eingesetzten Untersuchungskommission publik gemacht. Die meisten von Ihnen wissen, worum es bei dieser Untersuchung ging, nämlich um das Verhalten österreichischer UNO-Soldaten am Golan bei einem Vorfall, der sich im September 2012 zugetragen hatte, aber durch ein der österreichischen Wochenzeitung Falter zugespieltes Video erst fünfzehn Jahre später, Ende April dieses Jahres, bekannt geworden ist. Die Aufnahmen zeigen, dass die Soldaten die Fahrt von neun syrischen Geheimpolizisten in einen von Schmugglern gelegten Hinterhalt nicht verhinderten, obwohl ihnen klar war, dass es aus ihm kein Entrinnen geben würde. Mehr noch als die Unterlassung erschreckte mich die Ausdrucksweise, mit der die jun-

gen Österreicher das Geschehen kommentierten: als handelte es sich um ein Computerspiel, einen Actionfilm oder eine Paintballschlacht, nur dass alles echt war, die Schüsse waren es, die Wunden, die toten Leiber. Aber nicht die Verrohung der Soldaten sorgte bei den zuständigen Instanzen für Aufregung, sondern die Befürchtung, ihre erwiesene Gewissenlosigkeit könnte – wie es der Pressesprecher des Ministeriums formuliert hatte – «unser Image» beschädigen. Davon kann nun, seit dem 5. Juni, offiziell keine Rede mehr sein, denn die Kommission ist zum Ergebnis gekommen, dass das Benehmen der Soldaten mandatskonform gewesen sei, weil sie strikte Anweisung gehabt hätten, sich nicht in bewaffnete Auseinandersetzungen einzumischen, und auch sonst «jegliches Verhalten zu unterlassen, das von einer der Konfliktparteien als Einmischung gesehen werden konnte».

Es war unvermeidlich, dass sich bei dieser Meldung die vorgestellten Bilder vom Massaker am Peršmanhof 1945 und die Szenen von der unterlassenen Hilfeleistung am Golan 67 Jahre später überlagerten. Vor meinem geistigen Auge sah ich den österreichischen UNDOF-Posten hierher versetzt, an eine Stelle, von der aus das Gehöft gut einzusehen gewesen wäre, mit Fernglas oder blossem Auge. Seine Besatzung hätte mitbekommen, wie Angehörige des 1. Bataillons des SS- und Polizeiregiments 13 den Peršmanhof umstellt, das Feuer auf die Partisanen eröffnet, sich dann auf ein Nachbargehöft zurückgezogen hätten, gegen Abend wiedergekommen wären, um die Bewohner zu töten und das Wohnhaus und drei Wirtschaftsgebäude niederzubrennen. Die UNO-Soldaten hätten niemanden gewarnt, nichts unternommen, nicht einmal versucht, im Nachhinein den Brand einzudämmen und die überlebenden Kinder zu versorgen, nur alles mit alberner Faszination beobachtet und mit jenen derben Äusserungen kommentiert, die auf der Tonspur erhalten geblieben sind und die ich an dieser Stelle nicht wiedergeben mag, aus Ekel und Angst, mich anzustecken.

Fehlende Empathie

Stellt sich die Frage, wieso mich gerade diese Nachricht niedergeschmettert hat. Trostlos ist ja so ziemlich alles, was sich zur Zeit in den Sphären der Politik, Wirtschaft und medialen Wirklichkeitsinszenierung ereignet, der Umbau der Republik zu einem

neoliberalen Jagdrevier, in dem sich Burschschafter und Leuteschinder gute Nacht sagen, ist in vollem Gang, und Geheimpolizisten, zumal solche des Assad-Regimes, haben einem nicht wirklich geheuer zu sein. Aber darum geht es nicht; sondern um die emotionale Verkümmern der jungen Österreicher, das Fehlen von Empathie, dass sie gänzlich frei waren von Mitleid, das bekanntlich, nach Schopenhauer, die Mauer zwischen Du und Ich zum Einsturz bringt. «Der grösste Mangel an Mitleid drückt einer Tat den Stempel der tiefsten menschlichen Verworfenheit auf.» Woher rührt diese Verworfenheit? Beschädigt sie nicht auch den Glauben daran, dass der antifaschistische Widerstand wirkungsmächtig sein kann? Signalisiert sie, dass von ihm keine Spur in die Gegenwart führt? «Es war alles für nichts», das bittere Resümee von Jelkas Bruder bald nach Kriegsende ist angesichts des Zusammenspiels der britischen Besatzer mit den Nazikollaborateuren, unten in Eisenkappel, verständlich und begründet gewesen. Aber dürfen es auch Leute ziehen, die am Widerstand gegen das Naziregime, der unter den Kärntner Slowenen der stärkste überhaupt war auf dem Gebiet des heutigen Österreich, gar nicht teilgenommen haben? Darf ich es ziehen, weil ich mich für meine Landsleute schäme? Oder Christian Frosch, der Regisseur des diskussionswürdigen Films «Murer. Anatomie eines Prozesses», der behauptet hat: «Österreich hat keine Seele und keinen Charakter. Österreich besteht aus Tätern, Zuschauern und Opfern.» Man kann Frosch nicht vorwerfen, von der Sache nichts zu verstehen. Für seinen Film hat er lange und genau recherchiert. Aber der erste Satz könnte auch aus dem Schatzkästchen eines rabiaten Nazi stammen, und mit dem zweiten bringt er die Tausenden Widerstands-

kämpfer zum Verschwinden, Frauen wie Männer, von denen so viele unter der Folter, unter dem Fallbeil, im Vernichtungslager, im Gefecht ums Leben gekommen sind. Viele auch, die für die Befreiung Österreichs anderswo ihr Leben riskiert haben, weil sie keinen Widerspruch erkannten zwischen nationalem Befreiungskampf und internationalistischer Gesinnung. Sie waren weder Täter noch Zuschauer noch Opfer, denn sie haben sich gewehrt. (...)²

Amor con amor se paga

Die beiden Spanier Facundo López Valdeavero und Américo Brizuela Cuenca stammten aus Madrid, wo der eine als Elektriker, der andere als Schriftsetzer gearbeitet hatte, ehe sie nach Ausbruch des Spanischen Bürgerkriegs als Milizsoldaten, dann als Offiziere der republikanischen Volksarmee gegen die aufständischen Militärs kämpften. Nach der Niederlage der Republik emigrierten sie in die Sowjetunion. In einem internationalen Spezialbataillon, das ursprünglich hinter den deutschen Linien zum Einsatz kommen sollte, trafen sie auf Österreicher, die ebenfalls für die Spanische Republik gekämpft hatten. Nach gemeinsamer Ausbildung wurden sie im Frühsommer 1944 mit dem Fallschirm über Bela krajina abgesetzt. Von dort aus überquerte die «Kampfgruppe Avantgarde», wie sie sich anfangs nannte, mit Unterstützung slowenischer Partisanen die alte Grenze zu Österreich, um dort Anschläge zu verüben und lokale Widerstandszentren zu schaffen. Zeitweilig schloss sich die Gruppe dem 2. Bataillon des slowenischen Lacko-Kommandos an. So auch in den Mittagsstunden des 7. März 1945, als sie während einer Rast in Mlake/Laaken, einer Streusiedlung am südlichen Ausläufer der Koralm, von ukrainischen Angehörigen der Waffen-SS angegriffen wurde. Es gab

schwere Verluste, auch unter der Zivilbevölkerung, denn die SS-Männer erschlugen und verbrannten die Bauernfamilie Škorjanc, auf deren Hof sich die Partisanen niedergelassen hatten. Unter den dreizehn Toten von Laaken, die auf dem Friedhof von Pernice begraben wurden, befanden sich auch Américo und Facundo. Für sie war der Kampf für ein freies Österreich, und auf Seiten der Partisanen, auch Ausdrück ihrer Dankbarkeit gewesen, weil zuvor viele Österreicher und Jugoslawen die Spanische Republik verteidigt hatten. *Amor con amor se paga*, «Liebe wird mit Gegenliebe bezahlt», pflegte Américo zu sagen, sooft er gefragt wurde, was ein Madrileño in den Alpen verloren habe. Eine schönere Begründung für Solidarität lässt sich schwer finden.

Spuren suchen

Ich bringe ein weiteres Beispiel dafür – diesmal eines, das sich weder mit dieser Gegend noch mit dem Zweiten Weltkrieg verbindet. Es geht mir um Sofia Mach, die als Sofia Borzecki 1893 in der galizischen Kleinstadt Zaklyczin, östlich von Krakau, geboren wurde, in Wien den Eisenbahnbeamten Otto Mach heiratete, in den zwanziger Jahren nach Argentinien auswanderte und ab 1932 in der Sowjetunion lebte. Anfang 1937 ging sie als Dolmetscherin für sowjetische Militärberater nach Spanien, wurde im Juli desselben Jahres während der Schlacht von Brunete gefangen genommen, im September in Talavera de la Reina wegen «militärischer Rebellion» zum Tode verurteilt, im Dezember zu dreissig Jahren Haft begnadigt.

Der erste, der überhaupt auf Sofia Mach aufmerksam wurde, war der österreichische Spanienkämpfer Hans Landauer. Landauers Ehrgeiz ging dahin, eine möglichst komplette und umfangreiche Sammlung aller Österreicherinnen und Österreicher anzulegen, die im Bürgerkrieg gegen die Francoarmee gekämpft hatten. Nach Unterlagen, die er im Bürgerkriegsarchiv in Salamanca fand, wurde Sofia im Januar 1938, kurz vor ihrem 45. Geburtstag, in das berüchtigte Frauengefängnis Saturrarán überstellt. Dort, in einem ehemaligen Kloster am Golf von Biskaya, verlor sich ihre Spur. Landauer und ich vermuteten, dass Sofia den Gefängnisaufenthalt nicht überlebt hatte, ihre Gesundheit war ohnehin angegriffen gewesen, und in den Franco-Gefängnissen lag die Sterbequote damals bei 40 Prozent. Aber allmählich fanden sich in

spanischen Militärarchiven immer neue Dokumente über Sofia Mach, zuletzt ihre Gerichtsakte, die mir beim Umblättern fast zu Staub zerfiel, und drei oder vier kurze Notizen im Nachlass der Schwestern Adelina und Paulina Abramson, die wie Sofia sowohl in Argentinien als auch in der Sowjetunion gelebt und in Spanien als Dolmetscherinnen gearbeitet hatten.

In der Reihenfolge der Funde liess sich, Jahr um Jahr, die Lebenszeit Sofia Machs immer mehr verlängern, von Saturrarán war sie nach Tarragona überstellt worden, von Tarragona nach Barcelona, wo sie sich mit einer jungen katholischen Violonistin anfreundete, die wegen der Unterstützung britischer Kundschafter eingesperrt worden war, und im Januar 1944 wurde vom Ministerium in Madrid fieberhaft nach ihrem Aufenthaltsort gesucht, weil man ihr mitteilen wollte, dass das Strafausmass auf zwanzig Jahre und einen Tag herabgesetzt worden war. Aber zu diesem Zeitpunkt war Sofia schon entlassen worden. In Frankreich soll sie ehemaligen Leidensgefährtinnen, die nach ihrer Freilassung aus Spanien geflüchtet waren, beigegeben sein. Von Algerien aus kehrte sie nach Ende des Weltkrieges in die Sowjetunion zurück. Ihr späteres Schicksal ist unbekannt. Aber ich weiss nun, dass sie die Kerkerjahre in Spanien überlebt hat.

Die Freude darüber, warum?, wenn sie ohnehin schon seit Jahrzehnten tot ist, tot sein muss. Und wieso die Erwartung, herauszufinden, wie es ihr später ergangen ist: ob sie ihren Mann, ihre Töchter wiedergesehen hat. Wo sie gelebt hat, was sie getan hat, wo sie begraben liegt. Wie sie ausgesehen hat. (Ich habe bis jetzt kein Foto gefunden.) Weshalb soll das wichtig sein. Weil unser Herz, wie Anna Seghers geschrieben hat, an denen festhängt, die der Blick nicht mehr finden kann. Und weil wir die Glut erhalten wollen, so lange, bis daraus ein neues Feuer wird. Danke, Hvala lepa.

Erich Hackl, Rede zur Peršman-Gedenkfeier am 24.6.2018

1. Jelka, aus dem Leben einer Kärntner Partisanin, nach Tonbandaufzeichnungen von Helena Kuchar, aufgeschrieben und herausgegeben von Thomas Busch und Brigitte Windhab, zu bestellen bei: Longo mai, Hof Stopar, A-9135 Bad Eisenkappel
2. An dieser Stelle kommt ein Kapitel über das Leben der Wiener Tschechin Oswalds Tonka nach ihren Erinnerungen, als Buch vor 2 Jahren herausgegeben von ihrer Tochter Gitta Tonka: Tonka Oswalds, *Buchengasse 100. Geschichte einer Arbeiterfamilie*, Promedia 2016. 232 S. Aus Platzgründen bringen wir diesen Abschnitt in einer der nächsten Nummern.

ABONNEMENT

Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 sFr, 40 Euro auf Konto:

Schweiz: Europäisches BürgerInnenforum PC 40-8523-5

Deutschland: Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194 Vermerk: Archipel oder EBF

Österreich: Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

Ich bestelle Exemplare von Archipel zum Vertrieb
 Senden Sie 3 Nr. probeweise an beiliegende Adresse

Name Vorname

Strasse

PLZ Ort Land

Mail